



DIE BUNDESMINISTERIN
für UMWELT
MARIA RAUCH-KALLAT

GZ. 70 0502/1-Pr.2/95

A-1031 WIEN
RADETSKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58
TELEFAX (0222) 713 88 90

Wien, am 10. Februar 1995

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

XIX. GP.-NR
209 /AB
1995-02-14

ZU 274 13

Sehr geehrter Herr Präsident !

Die Abgeordneten Dr. Keppelmüller und Genossen, haben am 22. Dezember 1994 unter Nr. 274/J folgende Anfrage betreffend Einrichtung eines eigenen Präsidiums an mich gerichtet:

Laut Beschluß des Ministerrates vom 20. Dezember 1994 ist der Personal-Ist-Stand in den einzelnen Ressorts im Jahr 1995 um 1 % zu senken. Im Gegensatz dazu wurde von Ihrem Ressort in der Öffentlichkeit mehrmals der Wunsch geäußert, für das Bundesministerium für Umwelt ein eigenes Präsidium einzurichten, weil die Mitbetreuung durch das Präsidium des Bundesministeriums für Finanzen den Bedürfnissen Ihres Ressorts nicht ausreichend Rechnung trägt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Umwelt folgende

ANFRAGE

- 2 -

- 1) Wieviele Bedienstete (Personal-Ist-Stand) soll das geplante Präsidium in Ihrem Ressort umfassen ?
- 2) Wieviele Bedienstete (Ist-Personal-Stand) sollen dabei aus dem Präsidium des Bundesministeriums für Finanzen übernommen werden ?
Bitte schlüsseln Sie diese Bediensteten nach den jeweiligen Dienstklassen auf.
- 3) Wieviele zusätzliche Planstellen sind für das von Ihnen geplante Präsidium des Bundesministeriums für Umwelt erforderlich ?
Bitte schlüsseln Sie diese Bediensteten nach den jeweiligen Dienstklassen auf.
- 4) Werden Sie diese zusätzlichen Planstellen im Stellenplan des Jahres 1995 beantragen ?

Hiezu beehre ich mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Überlegungen zur Einrichtung eines eigenen Präsidiums für das frühere Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie gab es bereits unter meinen Amtsvorgängerinnen.

Der Wunsch zur Schaffung einer eigenen Organisationsstruktur für die zentrale Verwaltung eines Ressorts ab einer gewissen Größenordnung erscheint auch mir gerechtfertigt, da damit u.a. sicherlich eine Straffung der internen Verwaltungsabläufe und Zeitersparnisse erreicht werden können. Durch die BMG-Novelle (Schaffung eines Bundesministeriums für Jugend und Familie mit 1. Jänner 1995) ergeben sich nunmehr zusätzliche Aspekte zu den bisherigen Überlegungen, da nun durch ein eigenes Präsidium für das Bundesministerium für Umwelt auch dieses neue Ressort mitbetraut werden könnte.

Neben den durch Einrichtung eines eigenen Präsidiums zu erwartenden positiven Auswirkungen auf die zentrale Verwaltung der beiden Ressorts ist auch die derzeitige Situation im gemeinsamen Präsidium mit dem Bundesministerium für Finanzen zu berücksichtigen. Wie mir von Mitarbeitern aus dem Präsidium versichert wurde, ist in der gegenwärtigen Situation aus strukturellen und personellen Gründen die ordnungsgemäße und rechtzeitige Wahrnehmung aller Aufgaben in Frage gestellt. Dies erscheint sowohl hinsichtlich der Entwicklung des mitzubetreuenden Personalstandes als auch im Hinblick auf die nunmehrige Betreuung von drei Ressorts glaubhaft (zeitaufwendige termingebundene Erledigungen, wie z.B. Anträge zum Stellenplan, Budget, Beantwortungsent-

- 3 -

würfe für parlamentarische Anfragen etc. müssen gleichzeitig für nun drei Ministerien erarbeitet werden).

Auch stößt die bereits derzeit erforderliche Organisation für das Bundesministerium für Umwelt bzw. Bundesministerium für Jugend und Familie an die Grenze der Belastbarkeit der Präsidialsektion des Bundesministeriums für Finanzen. Zentrale Einrichtungen, die für beide Ressorts tätig werden müssen, sollten zwangsläufig in der Präsidialsektion angesiedelt werden. Zu der von mir in diesem Zusammenhang bereits verfügte Übertragung der für die EDV-Angelegenheiten beider Ressorts zuständigen Organisationseinheit in die Präsidialsektion wurde mir durch den Leiter der Präsidialsektion mitgeteilt, daß er die damit zusammenhängenden Leitungsaufgaben keinesfalls, auf längere Sicht gesehen, wahrnehmen könne. Die Alternative zur Einrichtung in der Präsidialsektion, nämlich die Rückführung der EDV in eine Fachsektion und Einrichtung einer EDV-Organisation im Bundesministerium für Jugend und Familie, wäre sicherlich nicht zielführend und mit erhöhtem Personalbedarf verbunden.

Diese vielschichtigen und nur beispielhaft angeführten Gründe sprechen sicherlich für die Einrichtung eines eigenen Präsidiums für das Bundesministerium für Umwelt (unter angenommener Mitbetreuung des Bundesministeriums für Jugend und Familie). Derzeit wird untersucht, welche strukturellen und personellen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden müßten, wobei neben den im gemeinsamen Präsidium bereits vorhandenen Planstellen und Bediensteten auch durch Strukturbereinigungen (die noch zu erarbeiten sind) in beiden Ressorts Kapazitäten für die neue Infrastruktur frei werden müßten. Die entsprechenden Untersuchungen sind noch im Gange, der erforderliche Personalstand für ein eigenes Präsidium ist daher noch nicht bekannt.

Bei Beurteilung des vorhandenen Personals ist zu berücksichtigen, daß bereits derzeit im Rahmen der gemeinsamen Präsidialsektion eigene Organisationseinheiten des Bundesministeriums für Umwelt eingerichtet sind. Es besteht eine eigene Ressortbuchhaltung und eine Interne Revision. Weiters sind auch Bedienstete des Bundesministeriums für Umwelt in Präsidialabteilungen und in der Amtswirtschaftsstelle des Bundesministeriums für Finanzen tätig. Eine A-Planstelle des Bundesministeriums für Umwelt ist seit 1987 zugunsten des Bundesministeriums für Finanzen für die Wahrnehmung von Präsidialagenden des Bundesministeriums für Umwelt gebunden, 3 Planstellen stehen im Bundesministerium für Finanzen aus den 1984 anlässlich der Gründung des seinerzeitigen Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz zugewiesenen Planstellen zur Verfügung. Ob mit diesen Planstellen auch Bedienstete des Bundesministeriums für Finanzen übertragen werden können, wird zum gegebenen Zeitpunkt mit dem Bundesminister für Finanzen zu verhandeln sein.

- 4 -

Aus den dargelegten Gründen ersuche ich um Verständnis, daß die erwünschten Zahlenangaben im Hinblick auf den Stand der Strukturanalyse und der Bedarfsermittlung noch nicht möglich sind.

Die Bundesministerin:


(Maria RAUCH-KALLAT)